

Dr. Alexander Klier

Zum Verhältnis von Öffentlichkeit, öffentlichen Orten und Politischer Bildung

5 Thesen für das Netzwerktreffen Politische Bildung Bayern in Tutzing am 09./10. Juni 2011

1. "Res Publica": Politische Bildung braucht eine neue Öffentlichkeit

Die zentrale Aufgabe von Politik ist es, den Menschen, die im politischen Gemeinwesen - einer Polis - übereinkommen, ein Gutes Leben zu ermöglichen. Die Frage nach dem Guten Leben muss zwar – nach wohlüberlegten Debatten und kritischen Diskussionen – den Individuen überlassen bleiben. Doch eine solche Entscheidung setzt eine demokratische und aufgeklärte Urteilsfähigkeit voraus, bei welcher der Zusammenhang mit dem Gemeinwohl hergestellt wird. Dieses Gute Leben und die Suche danach können nicht in Utopia, also einer Nicht-Örtlichkeit, stattfinden. Und auch nicht (nur) an den speziellen Orten, an denen im Moment politische Bildung angeboten wird. Wenn, dann kann diese Idee nur an ganz alltäglichen Orten und in der Öffentlichkeit gesucht, gefunden und verwirklicht werden. Damit also Menschen in einem breiten Sinn politisch partizipieren, das Gute Leben verwirklichen und die Wirkung ihrer Beteiligung auch unmittelbar erfahren können, bedarf es der Schaffung von Öffentlichkeit und Räumen in ihr. Aber auch, damit die politische Bildung selbst wieder eine öffentliche Sache, eine "res publica" werden kann.

2. Politische Bildung(sarbeit) muss sich örtlich anders aufstellen, will sie auch in Zukunft erfolgreich sein.

Die Nutzung von Räumen und Plätzen der Öffentlichkeit im Rahmen institutionalisierter politischer Bildung ist bisher überwiegend eine Angelegenheit von Erinnerungsarbeit geblieben. Gerade aus diesem Bereich gibt es sehr viele gute Erfahrungen damit, über besondere Orte oder Gebäude Wissen zu vermitteln. Jenseits der "Zwangsöffentlichkeit" des Klassenzimmers grenzt jedoch aktuell die Wahl der Orte, und damit in der Regel auch der didaktischen Methoden (beispielsweise der Vortrag, wahlweise mit Powerpoint, Flipchart aber auch nur mündlich) zunehmend ganze Bevölkerungsgruppen aus der politischen Bildung aus. Wenn man aus dieser Situation einen politischen Gestaltungsauftrag ableitet bedeutet das für die Zukunft, dass nicht mehr die Menschen zur politischen Bildung (bzw. in die Räume der jeweiligen Bildungsinstitutionen) kommen sollten, sondern die politische Bildung zu den Menschen gehen muss. Ganz analog der aufsuchenden Jugend- oder Sozialarbeit (ohne dies unmittelbar vergleichen zu wollen). Es geht hierbei in der Regel um die jeweiligen kulturellen Communities, Vereine, Nachbarschaftshilfen und - in einem positiven Sinn - Stammtische. Was wiederum an die Geschichte politischer Bildung anschließt.

3. Bei der Veränderung kann ein Rückbezug auf die Historie politischer Meinungs- und Willensbildung vorgenommen werden.

Bezüglich der notwendigen Veränderung institutioneller politischer Bildung kann ein Rückgriff auf die Historie gemacht werden. Zum einen kann man bei Sokrates beginnen, der seine Zeitgenossen nicht selten tierisch genervt haben mochte, indem er in seinen Dialogen immer wieder den Nachweis führte, dass es mit ihrem Wissen nicht so ganz weit her war. Vor Gericht war jedoch nicht die Tatsache, dass er die Dialoge führte, das Problem, sondern vor allem der Ort, an dem er sie führte: In aller Öffentlichkeit. Das war sicher nicht der letzte Grund, warum er schließlich wegen verschiedener Delikte angeklagt und zum Tode verurteilt wurde. Daran hat sich mit der Gründung der Akademie seines Schülers Platon, in der künftig Politik gelehrt wurde, wahrlich viel verändert. In einem zweiten wichtigen historischen Kontext kommt dem öffentlichen Raum, verstanden als idealtypische bürgerliche Sphäre, ebenfalls eine zentrale Rolle zu. Im Zuge von Aufklärung und Moderne war das Entstehen einer politischen Öffentlichkeit geprägt durch eine Meinungsbildung und Diskussion politischer Fragen. Stattgefunden haben diese - beispielsweise im Rahmen der Revolutionen von 1848 - an unzähligen Orten. Angefangen vom Theater, weiter über Clubs, Lesegesellschaften, politische Vereine und nicht zuletzt Gewerkschaftsversammlungen.

4. Es gibt auch aktuelle und praktische Beispiele für die Rückkehr in die Öffentlichkeit.

Eine echte pädagogische Aufarbeitung von politischer Bildung und ihrer Lern-Formen im öffentlichen Raum findet man bisher (mit wenigen Ausnahmen) nicht. Dabei stellen beispielsweise Stadtteilrundgänge eine außerordentlich erfolgreiche Form (politischen) Lernens für Erwachsene dar. Und sind nicht selten ein echter "Renner" in den unterschiedlichen Bildungsprogrammen. Nahezu alles eignet sich dazu, in dieser Form inhaltlich nahegebracht zu werden. Dies schließt ausdrücklich politische und historische Inhalte sowie gesellschaftliche Zusammenhänge ein. Doch auch das gezielte Aufsuchen "normaler" Großveranstaltungen zum Zwecke der politischen Bildung kann gelingen. Wenn auch nicht von Anfang an und in Massen, so sind doch stets Menschen bereit, sich auf politische Bildungsangebote einzulassen. Die meisten werden dann neugierig, wenn sie bemerken, dass ihnen etwas Derartiges überhaupt angeboten wird. Ein konkretes Beispiel dafür war die Station ["Brücken zur Demokratie"](#), die mitten im Betrieb der Feierlichkeiten des Altstadttringes zur 850 Jahr Feier Münchens angelegt war. Der enorme Erfolg der Station hat gezeigt, dass politische Themen durchaus in einem solchen Zusammenhang und mit dieser Konzeption an den Mann / die Frau gebracht werden können, ja sogar mit einem unglaublichen Zuspruch.

5. Die Träger und Institutionen sind auf eine solche Veränderung weder strukturell vorbereitet noch dafür finanziell ausgestattet.

Die großen, in der Regel staatlich oder kommunal (mit-) finanzierten Bildungsträger und Politischen Institutionen haben ein solches Szenario bisher nur sehr unzureichend in ihren Bildungsprogrammen vertreten oder als Auftrag explizit formuliert. Da eine Rückkehr von politischer Bildung in die Öffentlichkeit zeit- und ressourcenaufwändiger ist, sind sie dafür nicht finanziell ausgestattet. Gerade durch ihre "Kommstruktur" sind sie zudem auch organisatorisch nicht darauf vorbereitet. Jenseits des Problems fehlender Strukturen und unzulänglicher finanzieller Ausstattung der traditionellen Bildungsinstitutionen im Bereich der politischen Bildung lässt sich aber auch zeigen, dass dieser Schritt politisch gewollt werden muss, um sich anschließend umsetzen zu lassen.

Literatur:

Arendt, H. (2003): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München: Piper

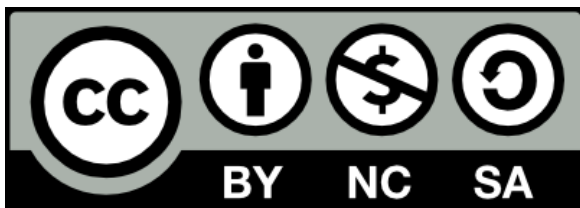
Hufer, K.-P. (2011): Zwischen den Stühlen. Politische Bildung und die neue Bürger- und Protestbewegung. In: Journal für Politische Bildung Nr. 1/2011, S. 20 - 26

Lambert, L. (2009): Der öffentliche Raum als soziale und politische Sphäre von Öffentlichkeit [PDF]. Verfügbar unter: <http://www2.hu-berlin.de/stups/sites/default/files/fruehling-2010/laura-lambert-der-oeffentliche-raum-als-soziale-und-politische-sphaere-von-oeffentlichkeit.pdf> [18.04.2011]

Negt, O. (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl

Nussbaum, M. (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt: Suhrkamp

Link: Station Brücken zur Demokratie unter: www.brueckenzurdemokratie.de



Dieser Text unterliegt den Lizenzbedingungen der **Creative Commons (CC) 3.0.**

Sie dürfen

- das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen und
- Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen.

Folgende Bedingungen sind dabei zu beachten:

- **Namensnennung (BY)** — Sie müssen den Namen von mir nach den gebräuchlichen Zitierregeln nennen.
- **Keine kommerzielle Nutzung (NC)** — Dieser Text bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- **Weitergabe unter gleichen Bedingungen (SA)** — Wenn Sie das lizenzierte Werk bzw. den lizenzierten Inhalt bearbeiten oder in anderer Weise erkennbar als Grundlage für eigenes Schaffen verwenden, dürfen Sie die daraufhin neu entstandenen Werke bzw. Inhalte nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.